Z 1914 664
Vorausbezahlt

66. Jahrgang. № 101. Mittwoch, 1. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Sonnabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Das neue Sachlieferungs-Abkommen.

Die freie Wirtschaft der Interessenten.

Berlin, 28. Febr. Das gestern in Berlin paraphierte Sachlieferungsabkommen führt an Stelle der bisherigen gebundenen Wirtschaft durch die Staatsbehörden die freie Wirtschaft der Interessenten ein. In Zukunft wird der französische oder deutsche Geschädigte unmittelbar bei den deutschen Lieferanten bestellen. Die Zahlung wird durch die Regierung ausgeführt. Bei diesem System wird der deutsche Lieferant in der Regel Weltmarktspreise erzielen können. Die deutsche Regierung wird die Lieferanten in entsprechender Höhe in Papiermark bezahlen. Um die Einmischung von Schieberfirmen möglichst zu verhüten, ist bestimmt worden, daß von deutscher Seite nur anerkannte Firmen oder die Hersteller selbst als Lieferanten zugelassen werden. Der große Apparat des Wiederaufbauministeriums, des Reichskommissariats und der Landesauftragsstellen kann in großem Umfange abgebaut werden. Man erwartet, daß die Aufträge sich in der Hauptsache auf die Einrichtung großer Elektrizitätswerke, Eisenbahnmaterialien, Elektrisierung der Eisenbahnen, Ausbau von Kanälen, Fernsprechanlagen und dergleichen erstrecken werden. Eine Mindestgrenze für die Größe der Aufträge ist festgesetzt worden, und zwar 1500 Goldmark. Dagegen besteht eine Höchstgrenze für die Aufträge nicht. (W. T. B.)

Verzögerung der Kabinettssitzung über das Sachleistungsabkommen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 28. Febr. Die Rückkehr des Reichskanzlers Dr. Wirth von seiner Urlaubsreise nach Baden, die heute erfolgen sollte, wird sich um ein oder zwei Tage verzögern, wodurch auch die Kabinettssitzung über das gestern mit dem Belgier Bemmelmanns paraphierte neue Abkommen über die Sachleistungen etwas verzögert werden wird. Die Verhandlungen mit den Parteien über das Steuerkompromiß, die für Ende der Woche vorgesehen waren, dürften dagegen keinen Aufschub erleiden. Was das Sachleistungsabkommen anlangt, so bringen die „P. N. N." darüber eingehende Mitteilungen, von denen aber an amtlicher Stelle angegeben wird, daß sie zahlreiche Unrichtigkeiten enthalten. Eine weitere halbamtliche Mitteilung darüber wird morgen erfolgen.

Berlin, 28. Febr. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." mitteilt, werden die Steuerkommissionen heute ihre Beratungen fortsetzen. Ueber das Mantelgesetz, das auch das Gesetz über die Zwangsanleihe enthält, sollen in der 2. Hälfte dieser Woche zwischen den Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei Verhandlungen stattfinden. Es ist anzunehmen, daß die entscheidenden Beratungen nach der Rückkehr des Reichskanzlers, der heute oder morgen aus seiner badischen Heimat wieder in Berlin eintrifft, einsetzen werden.

Die unheilvollen Folgen für Deutschland.

Berlin, 28. Febr. Zur Neuregelung der Sachleistungen wird dem „Berliner Lok.-Anz." aus wirtschaftlichen Kreisen mitgeteilt: Das Abkommen wird für Deutschland geradezu unheilvolle Folgen haben müssen und zwar aus folgenden Gründen: Wenn früher Mitglieder der Ententestaaten in Deutschland Einkäufe machten, mußten sie in Devisen bezahlen. Jetzt fällt das weg. Die Industrie erhält keine Devisen mehr, die das Reich zur Bezahlung der Reparationsschulden unbedingt nötig hat. Außerdem werden die Angehörigen der beteiligten Feindbundstaaten in die Lage versetzt, Waren, die sie von uns erhalten, wieder auszuführen. Sie haben also die Möglichkeit, uns in den Staaten, in die wir bisher ausführten, Konkurrenz zu machen. Berücksichtigung verdient auch folgendes Moment: Voraussichtlich dürfte das Abkommen auf ein Jahr abgeschlossen werden. Aber man braucht wohl nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß die Entente von Jahr zu Jahr die Erneuerung fordert. So würden also diese Leistungen verewigt werden, vorausgesetzt natürlich, daß wir überhaupt in der Lage sind, eine derartige Belastung unserer Wirtschaft zu ertragen. Wenn man die Goldmilliarden in Papiermilliarden umrechnet, so ist leicht festzustellen, daß durch diese Abführungen zwei Drittel bis drei Viertel unseres bisherigen Exports aufgesogen werden. Daß unser Wirtschaftsleben einen derartigen Aderlaß nicht lange wird aushalten können, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Es fragt sich überhaupt, wie die Linke das Abkommen aufnehmen wird, denn die erste Voraussetzung dafür wäre die Beseitigung des Achtstundentages.

Die Gefährdung der Rohstoffversorgung durch den neuen Marksturz.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

München, 28. Febr. In der Münchner Handelskammer führte der Präsident am Montag abend aus, daß der Dollar im Begriff stehe, den 70fachen Betrag seines Friedenwertes wieder erklettern, den er im November vorigen Jahres erreicht hatte. Damit würde die Rohstoffversorgung Deutschlands ernstlich gefährdet. Unter den jetzigen Valutaverhältnissen sei es kaum noch möglich, Waren herbeizuschaffen. Ein solcher Abstieg der Mark, wenn er nur noch kurze Zeit anhalte und etwa durch eine neue Frachterhöhung der Bahn unterstützt würde, müßte innerhalb dreier Monate den letzten Rest des Mittelstands in Gewerbe, Handel und Industrie auslöschen.

Rotterdam, 28. Febr. Dem „Courant" wird aus den Vereinigten Staaten gemeldet, daß dort noch außerordentliche Warenlager gefüllt seien und man über den neuen Sturz der deutschen Mark sehr beunruhigt sei. Senator Johnson habe eine Anfrage im Senat eingebracht in der Aufklärung über den jetzigen Stand der vor drei Monaten vom Präsidenten angekündigten Hilfsaktion für Europa verlangt werde.

Noch keine Festlegung des Beginns der Konferenz von Genua.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 28. Febr. Die „Times" meldet: Die Aussprache zwischen Lloyd George und Poincaré hat noch nicht den Tag der Eröffnung der Genueser Konferenz festgelegt. Obwohl der 10. April in Aussicht genommen ist, kann der Termin nochmals um ein bis zwei Monate vertagt werden, falls Umstände politischer Art gegen eine Eröffnung ohne Zuziehung Amerikas sprechen sollten.

Poincaré geht nach Genua?

Paris, 28. Febr. Es gilt nicht für ausgeschlossen, daß Poincaré unter den veränderten Umständen nach Genua geht. Nach einem Berichte des „Observer" hat Lloyd George dem Vertreter dieses Blattes erklärt: Als er fragte, ob Frankreich mit dem Programm von Cannes nach Genua gehen wolle, habe Poincaré mit ja geantwortet. Die Wiedergutmachung sei, wenn der Aufbau Europas ins Werk gesetzt sei, eine Frage zweiter Ordnung. Wenn Deutschland in das wirtschaftliche System Europas wieder eingefügt werde und seinen Wohlstand wieder erlange, könne es seinen Verpflichtungen wieder nachkommen.

Der „Bluff" von Boulogne.

Das Urteil der schweizerischen Presse.

Basel, 28. Febr. Zu dem Resultat der Konferenz von Boulogne schreiben die „Baseler Nach.": **Es ist etwas geschehen, das die Franzosen glauben machen wird, Poincaré sei doch ein ganz anderer Kerl als Briand. In Wirklichkeit hat das Konferenzprogramm von vornherein schon keine Giftzähne gehabt, und das Ergebnis von Boulogne ist ein reiner Bluff für das Publikum.** Nie hat jemand als Recht und Zweck der Genuaer Konferenz bezeichnet, die Vorrechte des Völkerbundes, die in Frankreich unterzeichneten Verträge und die Rechte der Alliierten auf Wiedergutmachung anzutasten. Was auf diesem Gebiete einstweilen geschehen werde und es wird trotz Herrn Poincaré einmal kommen, wird nicht das Werk von Konferenzdiktaten, sondern von Entschlüssen der Alliierten sein, bei denen niemand überstimmt wird. Solange Frankreich die Einsicht zu diesen Entschlüssen nicht hat, solange sei immer und hätte auch ohne die Zusammenkunft von Boulogne für Genua gegolten: Die Verträge müssen gehalten werden.

Die „Nationalzeitung" schreibt zu dem gleichen Thema: Der Friede von Boulogne ist bloß ein vorübergehender taktischer Erfolg. Im Augenblick ist die Zeit der Kompromisse. Man täusche sich darüber nicht, daß alle diese Kompromisse, welche jetzt in der Schwierigkeit des Ueberganges unerläßlich sein mögen, überhaupt keine wirkliche und entscheidende Lösung bedeuten. Eine solche ist auch der Friede von Boulogne nicht.

Annahme aller Vorschläge Poincarés.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 28. Febr. Die „Neue Zür. Ztg." meldet aus Paris: Ueber die Besprechungen zwischen Poincaré und Lloyd George wird Poincaré im Kammerausschuß sprechen. Das offiziöse „Journal des Débats" stellt fest, daß die Annahme sämtlicher Vorschläge Poincarés für Genua durch Lloyd George erfolgt sei mit Ausnahme des französisch-russischen Vorvertrages, über den Lloyd George die Entscheidung dem englischen Kabinett vorbehalten habe.

Poincarés Reisedrang.

Paris, 27. Febr. Wie verlautet, will Poincaré demnächst eine Besprechung mit dem neuen italienischen Ministerpräsidenten herbeiführen, um sich mit ihm über alle schwebenden Fragen zu verständigen. Es verlautet ferner, daß Poincaré in den nächsten 14 Tagen nach London gehen will, um die Allianz mit England abzuschließen.

Wiederverhaftung der freigesprochenen Kriegsbeschuldigten?

Eine Erklärung des englischen Generalstaatsanwalts.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 28. Febr. Der Generalstaatsanwalt erklärte auf Anfrage, daß der vom Obersten Rat eingesetzte Juristenausschuß zur Untersuchung des deutschen Berichtes über die Leipziger Verhandlungen jetzt berichtet habe, daß einige Gefangene freigesprochen worden seien, die man hätte verurteilen müssen. Der deutschen Regierung seien Vorstellungen gemacht worden und sie habe die Wiederverhaftung der betreffenden angeordnet. Ueber diese Wiederverhaftung liege jedoch bisher keine Nachricht vor.

Poincaré und die Kriegsbeschuldigten.

Paris, 27. Febr. Der dem nationalen Block angehörende Abg. Bonnet, der mehrfach den Ministerpräsidenten Briand in der Kriegsbeschuldigtenfrage interpelliert hatte, schreibt im „Radical": Seitdem der vom Obersten Rat eingesetzte Ausschuß zur Begutachtung der Leipziger Urteile seine bekannten beiden Resolutionen gefaßt habe, habe Poincaré gehandelt. Er habe den verbündeten Regierungen seine Absicht bekanntgegeben. Er sei jetzt damit beschäftigt, die Akten der vom französischen Militärgericht abzuurteilenden Angeklagten zu vervollständigen. Diese Vorbereitungen seien peinlich genau und werden eine gewisse Zeit erfordern. Deutschland werde aufgefordert werden, die Beschuldigten auszuliefern. Wenn es nicht Folge leiste, würden die im Versailler Vertrag vorgesehenen Sanktionen (gemeint ist die verlängerte Besetzung der Rheinlande) angewendet werden. (W. T. B.)

Russisches aus Oesterreich.

Von unserem Wiener Mitarbeiter.

Wien, 25. Februar.

Oesterreich hat seinerzeit zwischen den Räterepubliken Ungarn und Bayern die demokratische Verfassungsform behauptet. Es ist niemals durch die Aera eines reinen Bolschewismus hindurchgegangen, aber auch eben deshalb niemals durch dieses Fegefeuer geläutert worden. Noch immer hat sich in der industriellen Arbeiterschaft die Scheidung der Geister nicht vollzogen zwischen Demokraten und Bolschewisten. Als Folge hiervon ergibt sich für die Politik und Volkswirtschaft in Oesterreich ein Zustand unsicheren Lavierens zwischen bürgerlichen und sozialistischen Doktrinen, der aber immer mehr die Form eines verkappten Bolschewismus annimmt. Oesterreich hat seit Jahr und Tag eine bürgerliche Regierung; aber diese konnte nicht hindern, daß das Wirtschaftsleben in Oesterreich dem schleichenden Bolschewismus immer mehr zum Opfer fällt. Die Gesetzgebung verrät auf allen Gebieten, angefangen vom Strafrecht bis zum Arbeitsrecht, ein schrittweises Zurückweichen vor dem Andringen bolschewistischer Grundsätze. Wir in Oesterreich bewegen uns geradewegs auf Rußland zu.

Soweit der sozialdemokratische Finanzplan in Oesterreich in die Praxis umgesetzt wurde, hat er dem Hochkapitalismus nicht nur nichts geschadet, sondern nur genützt. Heute gibt es in Wien nicht weniger als 1200 Privatbanken. Das durch Neugründungen und Kapitalserhöhungen von Erwerbsgesellschaften aufgebrachte Kapital beltef sich nach den Mitteilungen der Statistischen Zentralkommission im zweiten Quartal 1921 auf 1803 Mill. Kronen gegen 1674 Mill. Kronen im ersten. Der weitaus überwiegende Teil hiervon, insgesamt 1054 Mill. Kronen, floß in Form von Kapitalsvermehrungen den Aktiengesellschaften zu, und unter diesen waren es wieder die Banken, die den anderen voran ihr Aktienkapital erhöhten.

In den „Sozialisierungen" hat sich der österreichische Bolschewismus ein Instrument geschaffen, das gleichzeitig zwei Zwecke erfüllt: die teilweise Verwirklichung von Programmphrasen und die materielle Versorgung von Ober- und Unterführern. Man sollte glauben, daß man nach den üblen Erfahrungen, die man im Inlande und Auslande mit den Sozialisierungsexperimenten gemacht hat, unsere österreichische Sozialisierungskommission zusperren würde. Aber wir in Oesterreich haben nicht deshalb eine Sozialisierungskommission, weil es etwas zu sozialisieren gibt; sondern wir sozialisieren, damit die Sozialisierungskommission etwas zu tun hat. Daß sie aber etwas zu tun bekommt, liegt einzig und allein im Parteiinteresse. Was die Auslieferung der österreichischen Volkswirtschaft und seiner Staatsfinanzen an die Sozialisierungskommission bedeutet, dafür bildet der Entwicklungsgang des Wiener Arsenals ein klassisches Argument. Mitte Februar 1921 wurde das Arsenal in eine „Gemeinwirtschaftliche Anstalt" umgewandelt. Das finanzielle Bild der einzelnen Monatsgebarungen ist einfach grauenhaft. Im März verausgabte man für Löhne und Gehälter, sowie für Materialeinkäufe 55 Mill. Kronen, während man durch Verkauf 10 Mill. Kronen erlöste. Im August beliefen sich die Ausgaben für Personal und Materialeinkäufe auf 80 Mill. Kronen, die Einnahmen auf 35 bis 40 Mill. Kronen. Im November verausgabte man für Löhne und Gehälter 130 Mill. Kronen, für Material 40 bis 50 Mill. Kronen, zusammen also etwa 175 Mill. Kronen, ein Betrag, dem Eingänge von nur 80 Mill. Kronen gegenüberstehen! Es ist klar, daß diese Wirtschaft, eine reine Aufwandwirtschaft, ungeheure Gelder verschlingt, daß ungeheuerliche Beträge für nichts und wieder nichts verpulvert werden, außer man betrachtet die Finanzierung sozialdemokratischer Parteiunternehmungen als eine der hauptsächlichsten Funktionen der österreichischen Republik. Es ist klar, daß dem Arsenal kein Privatkredit zur Verfügung steht. Der Kapitalismus, der für verkrachte Unternehmungen sein Geld verschenkt, ist noch nicht geboren. Da müssen nun die Staatsfinanzen herhalten, das sozialdemokratische Parteiinteresse erheischt es. Dabei bestehen praktisch genommen keinerlei Garantien für eine richtige Verwendung der staatlichen Zuschüsse.

Noch heute findet man in sozialistischen Parteibibeln mitleidige Worte über jene verblendeten Arbeiter zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die aus Furcht, brotlos zu werden, die Dampfmaschinen zerstörten. Die demagogische Kurzsichtigkeit der roten Parteileitung in Oesterreich in Verbindung mit Leistungsrückgang und Organisationstrieb der Parteianhänger bringen es mit sich, daß auch heute wieder sich die Arbeiter dem technischen Fortschritt mit aller Macht entgegenstemmen. Die Betriebsleiter stoßen vielfach auf die größten Schwierigkeiten, wenn sie Uebelstände in der Arbeitseinteilung beseitigen und neue Methoden einführen wollen. Jede derartige Absicht wird von vornherein, zumeist ohne einen Schatten von Begründung, als gegen die Arbeiterschaft gerichtet, aufgefaßt und dementsprechend abgelehnt. Die Einführung von arbeitsparenden Maschinen scheitert oft daran, daß die Arbeiter an diesen eine Mehrleistung ohne Mehrarbeit ergebenden Maschinen den gleichen Stückpreis fordern wie vordem; das heißt, sie verhindern den Unternehmer, den Betrieb auf eine technische Stufe zu stellen, welche die Ertragung der so vielfältigen Mehrlasten ohne Einbuße der Konkurrenzfähigkeit ermöglichen soll. Die panische Angst, der Unternehmer könnte doch irgendwie auch zu einem Vorteil kommen, trübt das klare Urteil. Wo der Betriebsrat aus Sozialdemokraten besteht, werden nur solche Arbeiter zur Einstellung empfohlen, welche deren Gesinnung und Taktik teilen. Dies bewirkt eine fortschreitende Radikalisierung der Arbeiterschaft in diesen Betrieben, die Unrentabilität und schließlich die gänzliche Einstellung des Unternehmens; der Arbeitnehmer liegt auf dem Pflaster. Dieses Schicksal aber droht der industriellen Arbeiterschaft Oesterreichs in ihrer Gesamtheit, wenn der schleichende Bolschewismus in der österreichischen Volkswirtschaft und Finanzpolitik fortwuchern darf. Heute sind wir, es kann dies nicht oft genug betont werden, auf dem Wege nach Rußland.

SLUB
Wir führen Wissen.